

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE
GEGEN DIE BEIDEN ATOM-INITIATIVEN

An die Bundeshausjournalisten
und Inlandredaktionen

EINLADUNG ZU EINER FAHRT DURCH BERN
IM TRAM MIT DEM "WAGON-RESTAURANT"

Sehr geehrte Damen und Herren

Das schweizerische Aktionskomitee gegen die beiden Atom-Initiativen "Ausstieg aus der Atomenergie" und "Stopp dem Atomkraftwerkbau" lädt Sie ein zu seiner

PRESSEKONFERENZ
am Montag 3. September 1990, 10.00 Uhr.

Um auf die Bedeutung von Strom auch für den öffentlichen Verkehr hinzuweisen, findet sie anlässlich einer rund einstündigen Fahrt durch Bern im "Wagon-Restaurant" der Städtischen Verkehrsbetriebe (SVB) statt.

Fahrplan

Einstieg	09.50 Uhr an der Wallgasse in Bern (s. Plan auf der Rückseite)
Abfahrt	10.00 Uhr
Ankunft	zirka 11.00 Uhr am Bärenplatz

Teilnehmer: Co-Präsidenten des Schweizerischen Aktionskomitees gegen die beiden Atom-Initiativen

Nationalrat Albrecht Rychen, Lyss (SVP/BE), wird Gründe nennen, die aus der Sicht des Umweltschutzes gegen die beiden Atom-Initiativen sprechen.

Nationalrätin Vreny Spoerry, Horgen (FDP/ZH), greift das Thema Angst vor dem Atomstrom auf.

Nationalrat François Jeanneret, St-Blaise (LPS/NE), zeigt die schwerwiegenden energiepolitischen Konsequenzen eines Verzichts auf Atomstrom auf.

Es würde uns freuen, wenn Sie dieser Einladung Folge leisten können. Eine Dokumentation wird Ihnen an der Pressekonferenz abgegeben.

Es grüsst Sie freundlich

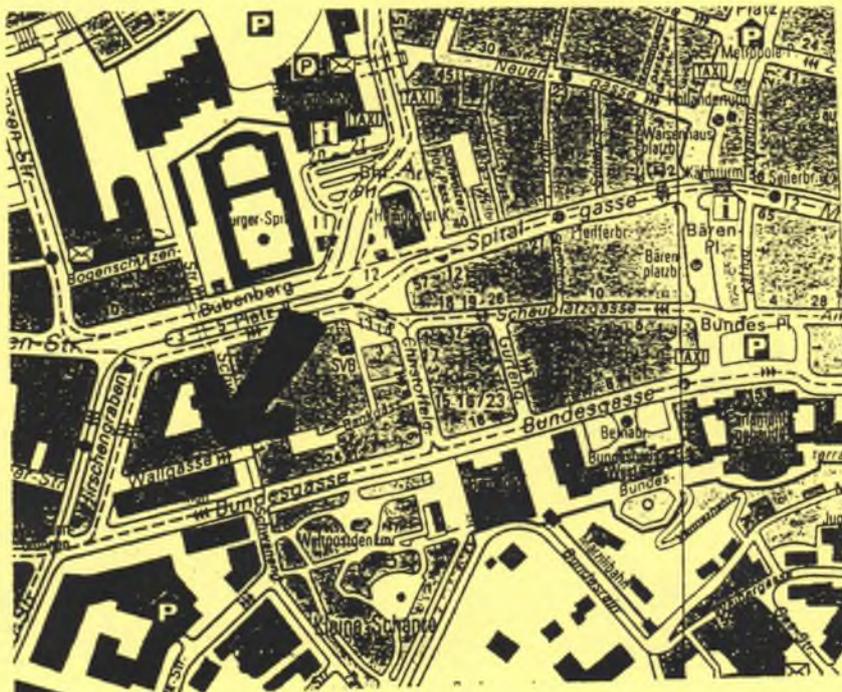
SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE
GEGEN DIE BEIDEN ATOM-INITIATIVEN
Die Pressechefin:

Anna-M. Kappeler

Anna-Marie Kappeler

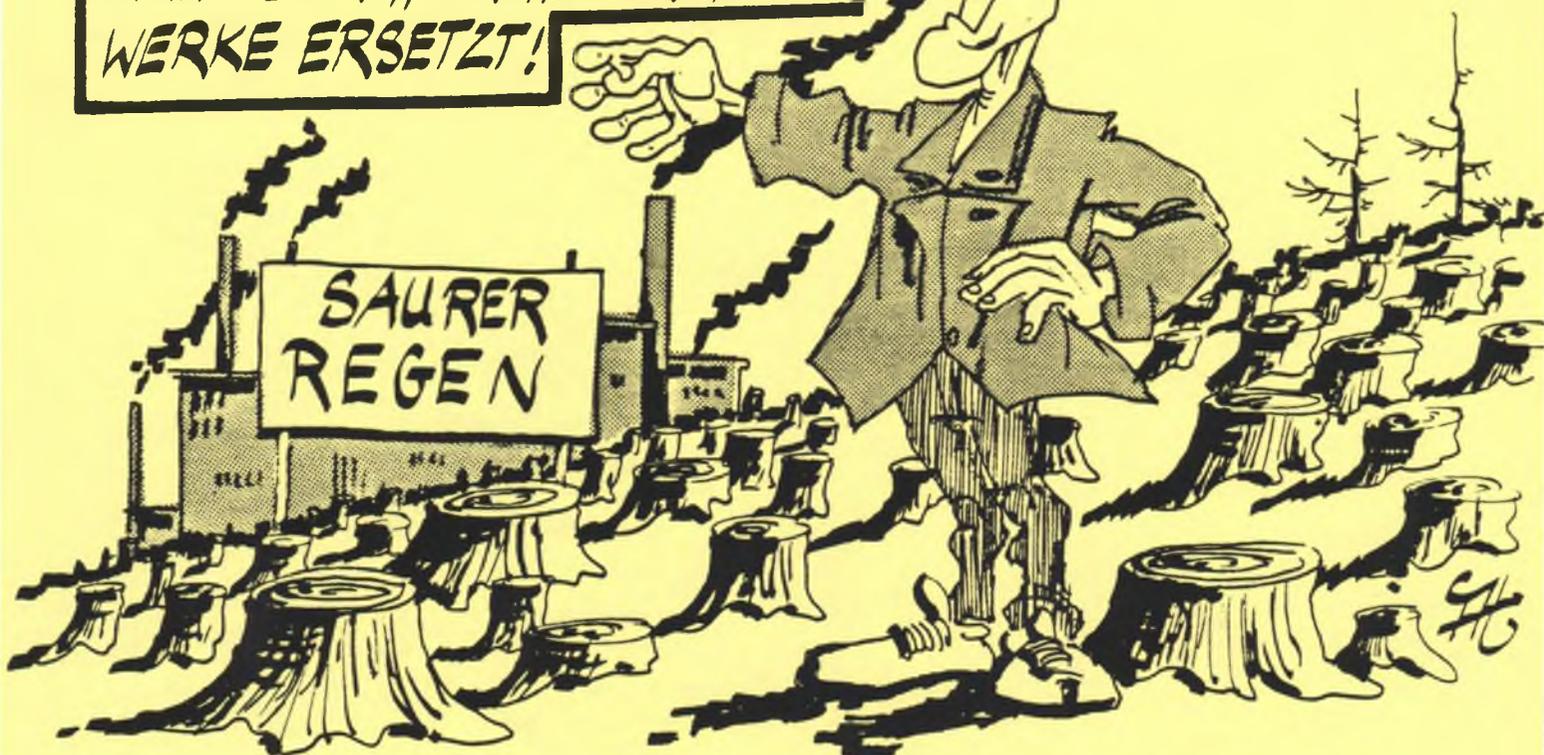
Bern, 21. August 1990

Einstieg zur Fahrt im Tram durch Bern mit dem "Wagon-Restaurant"
an der Wallgasse:



DIESER WALD IST GARANTIERT
NICHT STRAHLENGESCHÄDIGT!
WIR HABEN KÜRZLICH ALLE
KKW DURCH KOHLEKRAFT-
WERKE ERSETZT!

SAURER
REGEN



DAS MORATORIUM - EINE NEUE POLITISCHE IDEE?

von CVP-Nationalrat Dr. Anton Keller, Untersiggenthal

Eines der Fremdwörter, die sich in jüngster Zeit in unserem politischen Sprachgebrauch Geltung verschaffen, heisst "Moratorium". So stimmen wir beispielsweise am 23. September dieses Jahres über eine Volksinitiative ab, die den Titel "Stopp dem Atomkraftwerkbau (Moratorium)" trägt. Das Wort stammt aus dem Lateinischen und lässt sich mit "Verzögerung, Aufschub" übersetzen. Mein grosses Fischer-Lexikon aus dem Jahre 1975 weiss von einer politischen Anwendung dieses Begriffes noch nichts; es konkretisiert das Wort "Moratorium" im herkömmlichen Sinne als vereinbarten Zahlungsaufschub für einen Schuldner durch Stundung. Das Deutsche Universal-Wörterbuch des Duden von 1983 führt hingegen das Wort im Zusammenhang mit Raketen und Kernkraftwerken auf.

Initiativen mit Bremswirkung

Moratorium: Es ist beachtlich, wie leicht sich dieses gravitatische Wort bereits heute auf der Zunge bewegt. Und man muss sich die Frage stellen, ob nicht eine allgemeine politische Verzögerungs- oder eben Moratoriumsgesinnung diesem Wort zur raschen Einbürgerung verhilft.

Denn in der Tat: Die Verzögerung der Entscheidungen ist ein Charakterzug in der heutigen politischen Landschaft. Es besteht die Neigung zum Expertenbericht des Expertenberichts. Der Ruf nach neuen Szenarien verschafft Atempausen. Selbst das Volksinitiativrecht, das ja im Kern auf Neuerung ausgerichtet ist, scheint zunehmend zum schleppenden Gang der politischen Dinge beizutragen. Das ist eine Folge des massiven Gebrauchs dieses Rechts. Initiativen beanspruchen die politischen Mühlen unseres Landes enorm. Und diese können in der direkten Demokratie nicht einfach rascher drehen, weil ja das Volk bekanntlich nur feines Mehl akzeptiert. Es zeichnet sich aber in jüngster Zeit auch eine neue Ausrichtung der

Volksinitiativen ab: Das Volksrecht soll dazu dienen, Entwicklungen zu bremsen oder zu verhindern, die im Sinne der Initianten unerwünscht sind. Damit gerät dieses Volksrecht in enge Verwandtschaft mit dem ihm eigentlich Entgegengesetzten, dem Referendum, dessen bremsende Wirkung traditionell ist. Der unterschiedliche Anwendungsbereich ist natürlich nicht zu übersehen.

Abwarten und Tee trinken?

Das Moratorium im Sinne des Hinauszögerns endgültiger Entscheidungen beruht im Kern hüben und drüben auf der Hoffnung, die Probleme würden im Volke selbst mit der Zeit zur klaren Entscheidung heranreifen. Ohne Zweifel können auf diese Weise voreilige Beschlüsse vermieden werden. Eine solche Haltung ist aber andererseits geeignet, Probleme zu stauen und damit Entwicklungen Vorschub zu leisten, die nicht das Ergebnis politischer Gestaltung sind.

Der Moratoriumsgesinnung gehört wahrscheinlich die Zukunft nicht. Mit dem hausbackenen Rezept von Abwarten und Tee trinken können die Probleme der Zukunft nicht gelöst werden. Und auch mit der abstimmungsreifen Moratoriumsinitiative kann kein konstruktiver Beitrag zu einer ganzheitlichen Energiepolitik geleistet werden.

Abstimmung vom 23. September über die Atominitiativen

Ausstieg aus der Atomenergie: möglich, aber unverantwortbar

Von Nationalrat Dr. Peter Aliesch, Malans / GR (FDP)

Der Ausstieg aus der Kernenergie sei möglich, wird behauptet. Ich will das nicht bestreiten. Der Ausstieg aus der Kernenergie ist technisch tatsächlich ohne weiteres möglich. Die Frage ist jedoch, ob ein Ausstieg aus wirtschaftlichen, ökologischen und ordnungspolitischen Gründen verantwortbar ist. Diese Fragen gilt es zu beantworten.

Uns wird vorgerechnet, dass mit rigorosen behördlichen Eingriffen bis zum Jahr 2025 massive Spareffekte von 33 bis rund 50 Prozent möglich seien. Von einem solchen Sparpotential spricht insbesondere der Schlussbericht der Expertengruppe Energieszenarien des Bundes (EGES). Es erstaunt darum wenig, dass die Kernenergiegegner heute aus diesem Bericht wie aus der Bibel zitieren.

Der Strom ist eine Produktionsenergie

Der EGES-Bericht will uns mit radikalem Stromsparen den Ausstieg aus der Atomenergie beliebt machen. Bei diesen Empfehlungen könnte man das Gefühl bekommen, bei der Elektrizität handle sich um eine Verschwenderenergie. Die Atomenergiegegner übersehen geflissentlich, dass die Elektrizität vornehmlich eine Produktionsenergie ist, das Erdöl vor allem eine Komfortenergie.

Eine nähere Betrachtung der von den Ausstiegsanhängern errechneten Spareffekte zeigt rasch, dass diese wirklichkeitsfremd, die empfohlenen Sparstrategien utopisch sind. Wollte man den Empfehlungen nämlich folgen, müsste der Elektrizitätsverbrauch im Gewerbe, in der Landwirtschaft und in den Dienstleistungsbranchen um 30 Prozent gesenkt werden. Dabei leben wir in einer Dienstleistungs- und Kommunikationsgesellschaft, die zunehmend auf der Elektrizität aufbaut. In den privaten Haushalten müsste der Stromverbrauch gar um 40 Prozent vermindert werden. Die Hausfrauen hätten sich also zu überlegen, wie sie 40 Prozent Strom einsparen wollen.

Neue Sachzwänge

Mit dem Ausstieg aus der Atomenergie will man zu einer Energiepolitik «jenseits der Sachzwänge» gelangen. Die Ausstiegsbefürworter unterschlagen dabei, dass damit ganz neue und handfeste Sachzwänge geschaffen würden.

Das radikale Stromsparen, wie es von der EGES entwickelt und von den Atomenergiegegnern nun propagiert wird, würde zur Rosskur für unsere Wirtschaft.

Diese Strategie verträgt sich schlecht mit der von allen Seiten geforderten europafähigen Politik unseres Landes. Es gelte, die Wettbewerbskraft unserer Wirtschaft zu verbessern, hören wir – zu Recht – von allen Seiten. Der Ausstieg aus der Atomenergie würde das Gegenteil bewirken.

Unfaire Argumentation der Atomenergiegegner

Im EGES-Bericht, und nun laufend wiederholt von den Atomenergiegegnern, erleben wir zudem eine höchst unfaire Behandlung der Atomenergie. Die moderate Sparpolitik wird einfach dem Referenzszenario mit einem Ausbau der Kernenergie zugeordnet. Dem Ausstiegsszenario hingegen wird die verschärfte Sparpolitik zugrundegelegt. Diese verschärfte Sparpolitik wirkt nicht nur auf den Stromsektor, sondern dämmt selbstverständlich auch die fossile Nutzung stärker ein.

Diese auf die Reduktion der Luftschadstoffe ausgerichteten Massnahmen werden im Szenario Atomenergie nicht angewendet. Bei der EGES entsteht dann das eigenartige Resultat, dass bei der Nutzung der Kernenergie der Schadstoffausstoss grösser ist als beim Ausstieg aus der Kernenergie. Das aber ist reinste Bauernfängerei und unehrlich. Die relativ günstigen Auswirkungen punkto Emissionen im Ausstiegsszenario sind eindeutig nicht Folge des Ausstiegs, sondern der strengen Sparpolitik, die nur dem Ausstiegsszenario zugrunde gelegt wird.

Zu hoher Preis des Ausstiegs

Heute haben wir in der Schweiz eine funktionierende Energieversorgung. Der Ausstieg aus der Kernenergie wäre unweigerlich gleichzusetzen mit dem Einstieg in einen ungeahnten staatlichen Dirigismus. Je rascher der Ausstieg realisiert würde, desto schärfer müssten die behördlichen Eingriffe werden. Das mit dem Ausstieg einhergehende Sparregime mit seinen Vorschriften, Geboten, Verboten, Steuern und Subventionen liesse sich nur mit viel mehr Bürokratie realisieren.

Aber möglich ist der Ausstieg ohne weiteres. Den Ausstieg wagen aber ist nach meiner festen Überzeugung wirtschaftlich riskant, ökologisch fragwürdig und ordnungspolitisch untragbar. Der Preis des Ausstiegs wäre viel zu hoch. Darum sind die beiden Atominitiativen am 23. September abzulehnen.

Ohne Kernenergie zuwenig Strom

Am 23. September hat das Schweizervolk energiepolitisch entscheidende Weichen zu stellen. Es hat dann über einen Energieartikel, der einen vernünftigen Ordnungsrahmen im Energiesektor schaffen will, zu befinden. Gleichzeitig ist über zwei Atominitiativen abzustimmen, deren Verwerfung Voraussetzung dafür ist, dass der Energieartikel überhaupt zum Tragen kommen kann. Die beiden aus Linkskreisen stammenden Volksinitiativen wollen die fünf schweizerischen Kernkraftwerke stilllegen und neue verhindern.

Das müsste zu einer sehr starken Schwächung der Stromversorgung führen. Schon heute beträgt der Anteil der Kernenergie am schweizerischen Verbrauch über 40 Prozent, in einigen Netzen, wie etwa dem der NOK, sogar über die Hälfte. Der Ausfall dieses Stroms müsste zu einer Energiekrise in unserer Wirtschaft führen. Sie benötigt 70 Prozent der gesamten Elektrizität aus Kern- und Wasserkraft für Produktion und Dienstleistungen. Die Zustimmung der Kernenergiegegner zum Energieartikel ist also blauäugig und völlig wertlos, wenn nicht gleichzeitig ihre Volksbegehren gegen den Atomstrom verworfen werden. Denn mit einem chronischen Zuwenig an Energie lässt sich selbst mit den besten energiepolitischen Fundamenten höchstens ein Krisenmanagement, aber keine gute Energiepolitik machen.

Die Energiewirtschaft könnte bei einer Annahme der beiden Atominitiativen ihre Versorgungsaufgabe gar nicht mehr wahrnehmen. Weder die Versorgungssicherheit noch die preisgünstige Versorgung wären gewährleistet. Das gilt für unser Land. Dabei ist ausseracht gelassen, dass nicht nur wir Schweizer eine ausreichende Energieversorgung beanspruchen. Man müsste in diesem Zusammenhang auch in Betracht ziehen, dass 25 Prozent der Weltbevölkerung, nämlich die Einwohner der westlichen Industrienationen, 75 Prozent der eingesetzten Energie verbrauchen. Für den grössten Teil der Weltbevölkerung steht also nicht genügend Energie zur Verfügung.

Diese Herausforderung gilt heute bei einer Weltbevölkerung von 5 Milliarden Menschen. Während wir bei uns einen Teil der problemlosesten Energie künstlich verknappen wollen, wird die Weltbevölkerung noch in der ersten Hälfte des kommenden Jahrhunderts auf 8 Milliarden Menschen anwachsen. Und jeder dieser Menschen beansprucht seinen Anteil Energie. Das wird von den Kernenergiegegnern, die meisten von ihnen können sich sonst nicht genug als Entwicklungshelfer produzieren, stets verschwiegen.

Verschwiegen wird nicht nur die weltweite Komplexität der Energieprobleme. Verschwiegen wird von den Initianten auch, dass die Bedrohung des Klimas ebenfalls ein weltweites Thema sein muss. Die Schweiz ist an der Belastung der Erdatmosphäre durch die Luftverschmutzung nur zu einem Bruchteil eines Prozentes beteiligt. Damit, dass wir die schadstofffreie Produktion von Kernenergie abschaffen, helfen wir aber trotzdem nicht mit, etwas zur Verbesserung der prekären Klimalage Relevantes zu tun. Saubere Energie müsste, wollten wir unseren Wohlstand und die damit verbundene Wettbewerbskraft unserer Wirtschaft nur annähernd auf dem heutigen Stand belassen, durch andere Energiearten ersetzt werden. Beispielsweise durch Strom aus Öl- oder Kohlekraftwerken, da viele unsere Kernenergiegegner auch gegen den konsequenten Ausbau von Wasserkraftwerken sind. Wenn man aber weiss, dass gerade der Schadstoffausstoss der Kohlekraftwerke etwa in Polen, China oder der DDR und anderen Ostländern zu der weltweiten Klimakatastrophe mehr beiträgt, als jedwelche andere Quelle, so ist solches Tun unverantwortlich. Es hiesse, den Teufel Kernenergie mit dem Beelzebub Klimakatastrophe austreiben.

Wenn die Kernenergiegegner fragen, ob die weitere Nutzung der Kernkraft noch tragbar und verantwortbar sei, ist die Fragestellung falsch. Die Frage muss andersherum lauten: Ist ein Verzicht auf die saubere, friedliche Nutzung der Kernenergie sozial, politisch und wirtschaftlich verantwortbar? Kernenergie sichert uns nicht nur die eigene Stromversorgung. Sie hilft mit, die vorhandenen Energiereserven zu strecken und die Schadstoffemissionen der Luft zu senken. Zudem macht auch der hohe Sicherheitsstandard der eigenen Kernkraftwerke deren Nutzung verantwortbar. Auch für die Entsorgung gibt es gesicherte und machbare Lösungen, die allen Sicherheitsanforderungen genügen. Man sollte diese nur nicht länger zu verzögern versuchen. Deshalb gilt es Ende September die beiden Atominitiativen klar zu verwerfen, damit wir zu einer vernünftigen Energiepolitik überhaupt kommen können.

Anton Stadelmann

Klimakatastrophe und Kernenergie

Klimaexperten aus der ganzen Welt zeichnen die klimatische Zukunft unseres Planeten in eher düsteren Farben. Der Ausstoss von Luftschadstoffen bei der Verbrennung fossiler Energieträger wie Erdöl, Gas und Kohle ist stetig gestiegen. Zusammen mit anderen Faktoren, genannt sei etwa das Abholzen riesiger Regenwaldgebiete, könnten diese Luftschadstoffe eine "hausgemachte" Klimakatastrophe auslösen.

Professor Dr. Klaus Heinloth vom physikalischen Institut der Universität Bonn hat an einem Energie-Workshop in Braunlage (D) im November letzten Jahres insbesondere auf die weltweite Entwicklung des Energieverbrauches hingewiesen. 90 Prozent der weltweit konsumierten Energie stammen nach Heinloth aus fossilen Energieträgern. Davon benutzt etwa eine Milliarde Menschen in den Industrieländern drei Viertel der Energiemenge. Die restlichen rund vier Milliarden Menschen in den Schwellen- und Entwicklungsländern kommt bislang mit einem Anteil von einem Viertel des Gesamtenergie-Konsums aus. Heinloth sieht durch das fast explosionsartige Wachstum der Bevölkerung in den Entwicklungsländern, aber auch durch die Verstädterung und die zunehmende Industrialisierung in diesen Gebieten einen stetig wachsenden Energieverbrauch voraus. Schon jetzt beträgt die Zunahme des globalen Energieverbrauches jährlich rund 2 Prozent. Dieser Wert dürfte weiter ansteigen und damit steigt auch der Ausstoss von Luftschadstoffen global weiter an.

Professor Heinloth fordert drastische Massnahmen, um der drohenden Klimakatastrophe zu entgehen. Gleichzeitig anerkennt er aber auch die Ansprüche der wirtschaftlich Schwächeren und die Verantwortung der Industrienationen, wenn er sagt: "Niemand kann heute wissen, ob und in welchem Umfang die eine oder andere Nation künftig Kernenergie nutzen wird, nicht zuletzt vielleicht mangels anderer ausreichender Energiequellen. Gerade diese Option der künftigen Kernenergienutzung irgendwo auf der Welt bürdet den technisch entsprechend hochentwickelten Nationen - ungeachtet ihrer eigenen Einstellung zur Kernenergie - die Verantwortung auf, dafür Vorsorge zu treffen, dass, wer immer künftig Kernenergie nutzen wird, sie auch so sicher nutzen kann, dass weder er selbst, noch andere Länder wesentlich gefährdet werden."

Heinloth zieht daraus die Schlussfolgerung, dass die Nutzung und der Ausbau der Kernenergie - unter stetiger Steigerung der Sicherheit - ein Gebot der Zeit ist. Die Kernenergiegegner haben dieses Gebot der Zeit offensichtlich nicht erkannt. Sonst käme wohl etwa in unserem Land weder die Moratoriums- noch die Ausstiegsinitiative im

September vors Volk. Die Initianten beider Begehren wollen damit offensichtlich den Teufel mit dem Beelzebub austreiben. Indem die Schweiz aus der Kernenergie aussteigen soll, wird sie von Stromimporten aus dem Ausland abhängig werden, weil sie nicht in der Lage sein wird, die ausfallende Kernenergie, die beträgt über vierzig Prozent der gesamten in unserem Land produzierten Elektrizität, einzusparen.

Damit wird die Schweiz nicht nur abhängig vom Ausland und damit erpressbar. Sie wird einen grossen Teil ihres Energiebedarfes aus Kraftwerken decken müssen, die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden. Damit stellen sich die Initianten total quer zur geforderten globalen Energiepolitik. Statt dem vermehrten Ausstoss von Luftschadstoffen Einhalt zu gebieten, würden sie ihn fördern. Statt auf die umweltpolitisch saubere Kernenergie setzen die Initianten der beiden Atominitiativen indirekt auf die anerkannt umweltschädigenden fossilen Brennstoffe. Dabei haben sie noch die Frechheit, mit dem Argument Umweltschutz zu hantieren. Eine solch falschgerichtete Energiepolitik, die ob der eigenen Scheuklappen die globalen Erfordernisse ausser Acht lässt, verdient am 23. September eine deutliche Ablehnung.

Matthias Stadelmann

FEUILLETON

Strom-Funken

* Mein Nachbar spart am Haushalts-Budget. Er plante, ganz dem Aufruf der Kernenergiegegner folgend, fünf Prozent von seiner Stromrechnung abzuziehen. Um keine Propaganda der Atomlobby bezahlen zu müssen. Weil er aber die Konsequenzen, respektive das Abhängen vom Stromnetz, befürchtete, hat er sich anders entschlossen. Er zieht nun fünf Prozent von den Radio- und Fernsehgebühren ab. Begründung (Originalton): "Ich werde den ganzen Tag via Radio und Fernsehen mit Propaganda für die beiden Atominitiativen eingedeckt. Mit Propaganda, die ich als Stromkonsument nicht will, weil auch ich 40 Prozent Atomstrom brauche. Klammer auf: Nur gezwungenermassen, aber nicht minder selbstverständlich, Klammer zu."

* Ende power für den Bauer. Nach dem Willen der Initianten der Atominitiativen darf der Schweizer Bauer ab dem 23. September wieder fast die Hälfte seiner Kühe von Hand melken. Mangels 40 Prozent Strom bei Annahme der beiden Atominitiativen... Ob dies allerdings ins neue Selbsthilfekonzent des Bauernverbandes passt (Selbsthilfe statt teure Milch), verschweigen die Atomgegner. Ganz nach der Devise: "Es lebe die rückständige Landwirtschaft!"

* Von geradezu hinreissender Naivität zeugt ein Interview der Country-Sängerin Doris Ackermann in der "Schweizer Illustrierten". Dort gibt sie nämlich einerseits an, Atomkraftwerke seien die überflüssigste Erfindung des Jahrhunderts. Andererseits meint sie unmittelbar danach, der peinlichste Moment ihres Lebens sei ein Stromausfall während eines Konzertes gewesen. Das könnte ihr nach dem 23. September in Zukunft des öfteren passieren. Peinlich, peinlich...

* Angesichts der verwirrenden Zahlenfülle, die die Atomkraftgegner in ihrer Propaganda ins Feld führen, kommt einem hie und da der Verdacht, dass diese Zahlen, wenn sie nicht aus dem falschen Jahrhundert stammen, zumindest nicht einem Physikbuch entnommen wurden. Sie erinnern eher an ein Kochbuch. Manchmal hat man sogar das Gefühl, die "Zahlengrundlagen" der Atomgegner stammten aus dem Telefonbuch...

* Allzueinfach machen es sich offensichtlich etliche Basler Pharma- und Chemieforscher. Lauthals wettern sie in der "Basler Zeitung" gegen die böse, böse Kernenergie. Dass ausgerechnet ihre Arbeitgeber zu denjenigen gehören, die Kaiseraugst in Fessenheim schon längst gebaut haben, indem sie sich in die französischen Kernkraftwerke einkauften, verschweigen sie wohlweisslich. Hier fehlen - um mit einem von ihnen zu sprechen - nicht "40 Prozent langfristiges Denken", sondern 100 Prozent Realitätssinn...

* Die Ueberkleber sind wieder unterwegs. Munter - und offenbar im grossen Stil organisiert - werden derzeit bevorzugterweise die für Emmentaler Käse werbenden Plakate der Käseunion zu Anti-Atomplakaten umfunktioniert. Dass "jmb" vom Tagi dies einen Hit findet, erstaunt eigentlich angesichts der politischen Ausrichtung des grössten Zürcher Altpapierlieferanten nicht weiter. Nur wird es eventuell auch für den Tagi bald einmal heissen: "Als dieser Käse geschrieben wurde, hatte die Schweiz noch genügend Strom!"

* Kennen Sie die "Partei für Kind und Gemeinschaft Schweiz" (PKG)? Nein? Sie sollten aber offenbar. Immerhin ist dieser eher abstruse Verein der Schweizerischen Politischen Korrespondenz (spk), ihres Zeichens zweitgrösste Schweizer Nachrichtenagentur, wohlbekannt, wie es scheint. Jedenfalls verbreitet die spk die Abstimmungsparolen der selbst politischen Insidern unbekanntem Gruppierung munter in die Medienwelt. Seriosität?

* Der VCS verordnet Gymnastik: Kopfschütteln ist (einmal mehr!) angesagt. Einerseits monieren die Verkehrsverhinderer vom Dienst, Oel sparen sei angesichts der Krise im Persischen Golf ein Gebot der Stunde. Andererseits fordert der VCS mit seiner Unterstützung der Anti-Atominitiativen den Umstieg von sauberem Atomstrom auf umweltbelastenden und Oel verschlingenden Strom aus thermischen Kraftwerken heraus. Ganz nach dem Motto: Luftreinigung? Nein danke!

* Chaos in New York. Ein Stromausfall hatte mehrere tausend Menschen in Wolkenkratzern, Lifts und U-Bahn-Zügen eingeschlossen. Die Feuerwehr hatte mit ihrer Bergung alle Hände voll zu tun. Börse und Devisenmärkte mussten vorzeitig schliessen, die Verbrechensrate schnellte explosionsartig in die Höhe, der Ausfall sämtlicher Lichtampeln führte zum grössten Verkehrschaos seit Jahren. Fragen Sie einen New Yorker, ob er in einem Monat auf 40 Prozent Kernenergie verzichten möchte!

D. Kurz-Schluss